



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

A 400 Anfrage Omlin Marcel und Mit. über die Propagandakampagne gegen die Fremdspracheninitiative / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 400 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 101 zu 12 Stimmen zu. Marcel Omlin ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Omlin: Der „Hofberichterstatter“ des Bildungs- und Kulturdepartementes führt eine Kampagne gegen eine Initiative eines überparteilichen Komitees. Es geht nicht darum, ob man für oder gegen diese Initiative ist. Es geht darum, dass in diesem Fall operative und strategische Tätigkeiten durch ein und dieselbe Person wahrgenommen werden. Dabei schreibt die Regierung in ihrer Antwort sogar, dass diese beiden Tätigkeiten natürlich nicht miteinander in Bezug gesetzt werden dürfen. Genau das passiert aber. Es ist medienrechtlich nicht korrekt, dass auf zum Teil durch Inserate finanzierten Broschüren des Bildungs- und Kulturdepartementes das Kantonslogo im Kopf erscheint. Zudem ist es unverständlich, warum gewisse Aufträge seit Jahren nolens volens vergeben werden. Hier schrammt man nah am öffentlichen Vergabeprinzip des BöB/VöB vorbei. Ich wäre froh, wenn das Bildungs- und Kulturdepartement bei der Beantwortung der Vorstösse etwas mehr Sensibilität an den Tag legen würde, wahrscheinlich fehlt es etwas am nötigen Respekt gegenüber dem Parlament und der SVP.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Meiner Meinung werden in der Anfrage ein paar Dinge vermischt. So lautete eine Frage, ob sich der Kanton an dieser Kampagne beteiligt oder nicht. Der Kanton beteiligt sich weder finanziell noch inhaltlich daran. Deshalb hat die kurze und klare Antwort Nein gelautet. Ich verstehe daher nicht, was an unserer Antwort nicht respektvoll sein soll. Die in der Anfrage gemachte Aussage, wonach die entsprechende Agentur sämtliche Publikationen des Bildungs- und Kulturdepartementes verfasst, ist schlichtweg falsch. Dies widerlegt auch unsere Antwort. Wir haben, wie andere Departemente auch, ein entsprechendes Tabloid, das regelmässig an alle Haushaltungen verteilt wird. Wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, über unsere Arbeit zu informieren. Wenn wir dazu einen Weg wählen, der den Steuerzahler nichts kostet, sehe ich darin keine Anrühigkeit. Entscheidend ist, dass wir den Inhalt mitbestimmen und die Verantwortung dafür übernehmen können. Daum ist es legitim, dass diese Publikationen mit dem Kantonslogo im Kopf erscheinen. Ich halte es nach wie vor für problematisch und nicht korrekt, diese Frage mit der Kampagne zur Initiative zu vermischen.